

Dresdner Nachrichten



Ross' Kraftbier, Pepton-Präparat, frül. warm empfohlenes Nähr- u. Stärkungsmittel für Blutarmer, Magen- u. Lungenleidende, Reconvalescenten, scroph. Kinder etc. **George Baumann**, Pragerstrasse 40.

42. Jahrgang.

Dresden, 1897.

Glaswaaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glasbläsen des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten**, Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

„Invalidendank“

Dresden, Seestraße 5, I. Fernsprechstelle 1117. I. Anzeigen-Expedition für alle Zeitungen. II. Billet-Verkauf für die Dresdener Theater. III. Kassen-Kontrollen aller Gewerbe. IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Weinhandlung W. F. Seeger

Dresden. Fernsprecher: Amt II, Nr. 2163. Telegraphen-Adr.: Champ.-Dresden. empfiehlt bestgeeignete in- und ausländ. Weine, Champagner eigenes Fabrikat, Spirituosen und englische Biere. Niederlagen in allen Städten Sachsens, sowie werden jederzeit vergeben.

Schwerhörigen Carl Wendschuch, Königl. Hof-Liefer., Struvestr. 11.

Nr. 31. Spiegel: Reife des Grafen Kurawiew. Politische. Der orientalische Angelegenheiten gab auch die jüngste Erklärung des Regierungsvortreters im englischen Parlament, daß die Russen in Konstantinopel zur Zeit besser seien als lange zuvor. Bei dieser Lage der Dinge muß es umso mehr befremden, daß ein Mitglied des ungarischen Abgeordnetenhauses sich die Reife des Grafen Kurawiew zu einer höchst unpassenden Gelegenheit zurecht gemacht hat, um dem Ministerpräsidenten Baron Banffy folgende Interpellation an den Kopf zu werfen: „Besitzt der Ministerpräsident Kenntnis von den Zwecken der Pariser und Berliner Reife des russischen Kanzlers? Wenn er eine solche besitzt, begibt er die Reife, das Abgeordnetenhauses darüber zu informieren? Degt er ferner die Reife, dahin zu wirken, daß die durch die Reife des russischen Kanzlers umschriebene Aktion nicht hinter dem Rücken der österreichischen und ungarischen Monarchie und gegen die Interessen derselben durchgeführt werde?“ Man könnte sich über die Plumpheit der Anfrage verblüffelt fühlen, wenn man nicht gleichzeitig zur Verblüffung erlaube, daß sie von dem Abgeordneten Franz Kossuth ausgeht. Herr Kossuth gehört der Unabhängigkeitspartei an, vertritt also einen national-ungarischen Reformabstammung, für den geistliche Entwürfungen überhaupt nicht vorhanden sind. Leuten seines Schlages malt sich die Welt heute noch genau so wie in den letzten 40er und den ersten 50er Jahren des Jahrhunderts, als russische Truppen die magyarischen Kämpfer niedermachten und die Sieger erbarmungslos ein schreckliches Gericht an den Verzweigten übten. Herr Kossuth und seine Leute leben die orientalische Frage noch immer nur unter dem einen Gesichtswinkel des ererbten Hasses gegen Rußland an. Wie sie 1878 im russisch-österreichischen Kriege ostentativ für den Islam Partei nahmen, um ihrem unbefähigten Russenbasse zu trotzen, so dient ihnen heute das Schlagwort: „Rußland soll im Orient auf Kosten Österreich-Ungarns vorbringen!“ zur Handhabe, mit der sie die habsburgliche Weltmacht in einen Konflikt mit Rußland hineinzutreiben hoffen.

Ständen die magyarischen Unabhängigen mit ihrer Konfliktstimmung gegenüber Rußland allein, so hätte die Sache weiter nichts zu sagen und wäre kaum der Erwähnung wert. Es kommen jedoch verschiedene begleitende Umstände hinzu, die den leitenden Stellen in Wien und Budapest sorgfältige Aufmerksamkeit gegenüber den in Frage stehenden Treiberkreisen anempfehlen. Die Interpellation des Abgeordneten Franz Kossuth ist nämlich ihrem tieferen Grunde nach ein Ausfluß jenes freundschaftlichen Geistes, dessen Studium sich aus ultraliberal-französischen, polnischen und russisch-nihilistischen Bestandteilen zusammensetzt. Alle diese Elemente haben das gemeinsame Interesse, daß der Fortbestand der Ruhe und Ordnung in Europa ihren Plänen hinderlich ist. Sie suchen deshalb Deutschland und Österreich-Ungarn zum Zusammenstoß mit Rußland zu treiben und bemühen sich zu dem Zwecke zunächst, eine verheerende Presskampagne zwischen den beiden Lagern zu Stande zu bringen. Manche Ergebnisse dieser Art, die in der letzten Zeit in Wien und Petersburg entstanden sind, tragen den unerkennbaren Stempel solcher Mächenschaft. So lange der feindselige Ton derartiger Kundgebungen von der führenden Presse der beteiligten Länder nicht aufgenommen wird, sind allerdings internationale Beziehungen nicht zu beirren. Um so notwendiger ist es aber auch, daß die öffentliche Meinung rechtzeitig in den Stand gesetzt wird, zu erkennen, was im Werte ist und wie die internationalen Kaufleute an der Arbeit sind.

Politisches. Graf Kurawiew, der russische Minister des Auswärtigen, weil heute in Berlin, um seine Antrittsvorlesung zu machen. Es hätte also der leidenschaftlichen Erörterungen in einem Teile der deutschen Presse nicht bedurft, die mit dem Besuch des Grafen in Paris verknüpft wurden, als die Absicht des russischen Staatsmannes, auch der deutschen Regierung gegenüber die Pflicht der diplomatischen Höflichkeit zu erfüllen, in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt war. Auch entspricht es nicht einer tatsächlichen Wahrung der in der internationalen Politik ausschlaggebenden realpolitischen Faktoren, wenn die Thatsache der Anwesenheit des Grafen Kurawiew in der deutschen Reichshauptstadt mit allerlei zweifelhaften Anabreden verziert wird, bloß weil der Minister in Paris den ersten Besuch abgeleistet und dort mit den leitenden Persönlichkeiten die üblichen feierlichen Redewendungen von „engen Banden“, „aufrichtiger Freundschaft“, „Lösung einer fortwährenden (loftbar)“ ist die Sache doch wohl eigentlich nur den Franzosen Aufgabe u. A. ausgetauscht hat. Du lieber Himmel! Von Redensarten ist noch niemals ein Mensch fetter geworden und außerdem sind sie so billig, daß es auf ein paar Schod davon nicht ankommen kann, wenn der „edle Geber“ als Gegenseitigkeit greifbare materielle Dinge in Menge einzubringen hofft. Bei uns im Deutschen Reich ist man auf aparte Worte und liebenswürdige Phrasen nicht gar so erpicht wie in Frankreich. Es geht daher im deutschen diplomatischen Verkehr etwas stiller und gedanklicher zu, dafür sieht aber auch in der Praxis mehr dahinter. Insbesondere ist unsere augenblickliche Stellung gegenüber Rußland so klar umschrieben, daß wir den Franzosen mit der allergrößten Gemüthsruhe das Gefühl der Freude gönnen dürfen, die sie ausnehmend über die Privatsache des Besuchs des Grafen Kurawiew in Paris empfinden. Rußland braucht nun einmal Frankreich zur „Anfröderung“ seiner Politik und kein vernünftiger Politiker in Deutschland wird es dem Czaren verdenken, wenn er den Ruf der französischen Begeisterung für Rußland sich gehörig ausböhnen läßt. Nachdem die Dinge einmal so weit geblieben sind, erscheint daher der Umstand, daß Graf Kurawiew zuerst sich in Paris eingefunden hat, vom Standpunkt der russischen Realpolitik aus ganz begrifflich. Im Uebrigen genügt es für uns, darauf hinzuweisen, daß der Czare an Kaiser Wilhelm zu dessen Geburtsstage ein ungewöhnlich herzlich abgefaßtes Telegramm gerichtet und daß Graf Kurawiew erklärt hat, es läge ihm daran, durch seinen Besuch in Berlin die Kunde zurückzugeben, daß er ein „Deutschfreund“ sei. Unsere politischen Beziehungen zu Rußland erfordern keine überschwänglichen Höflichkeiten und Herzergüsse. Es genügt vollkommen, wenn sie sich auf einer streng forstlichen Grundlage bewegen, die ein gemeinsames Handeln im feindseligen eigenen und im allgemeinen europäischen Interesse ermöglicht. Ueber den engeren Inhalt der in Paris zwischen Herrn Hanotaux und dem Grafen Kurawiew gepflogenen Unterhandlungen verläutet natürlich ebenso wenig etwas, wie man von dem zu hören bekommen wird, was Fürst Hohenlohe heute in Berlin mit dem Leiter der russischen auswärtigen Angelegenheiten verhandelt. Nur soviel „verrathen“ die französischen Blätter, daß die Erörterungen eine „noch nie dagewesene“ Uebereinstimmung in allen möglichen und unmöglichen Punkten zwischen den beiden Staatsmännern ergeben hätten, daß sucht sich die französische Presse wenigstens einzubilden. In den geheimsten Seelenhalten der französischen Politiker kreist aber doch der Zweifel fort, ob nicht am Ende die flammende Schlauberei der romanischen Bonhommie den Franzosen ablaufen werde, und diese zuerst unbewusste Empfindung ist allmählich so stark geworden, daß sie bereits auf der Oberfläche des französischen Nationalbewußtseins zu schwimmen beginnt in Gestalt von Andeutungen, als ob Deutschland vielleicht die germanische Lebenswürdigkeit haben könnte, seine westlichen Nachbarn vor einer Ausbeutung durch Rußland zu schützen. Wer lacht da? fragt man unwillkürlich, aber die Sache hat trotzdem ihre Richtigkeit. Rehnliche Andeutungen sind thatsächlich von französischer Seite ergangen und die sie erzeugende Grundstimmung klingt auch jetzt wieder nach in den Betrachtungen, die mit der Anwesenheit des Grafen Kurawiew in Paris verbunden werden. Deutschland erhält aus diesem Anlaß allerlei Komplimente wegen seiner auswärtigen Politik, die eigentlich von dem Bestreben getragen sind, eine gewisse Gemeinsamkeit der deutsch-französischen Interessen festzustellen. Von deutscher Seite wird man das Bestreben einer solchen Interessengemeinschaft in mancher Hinsicht unbefangen zugeben. Nur sind die Franzosen ganz allein schuld, wenn bisher die praktischen Folgerungen aus diesem Verhältnis in der internationalen Politik nicht gezogen werden konnten. In jedem Falle darf es als ausgemacht gelten, daß sowohl die Pariser wie die Berliner Besprechungen der leitenden Staatsmänner dazu dienen werden, auch dem verwickelten orientalischen Uebel einen Hebel anzuhaken, der eine weitere Stunde der Verblüffung schlagen läßt. Es scheint, als ob thatsächlich eine Einigung der Mächte über eine der Thatsache zu gewöhnliche finanzielle Hilfe zu Stande gekommen sei. Darin liegt eigentlich das A und O der ganzen orientalisches diplomatischen Politik. Reformen vom Sultan verlangen ist billig, sie einführen aber ist eine theure Chose, der Abdul Hamid selbst dann nicht ohne fremde Hilfe gerecht werden kann, wenn er den ehelichen Gefühlen seines Vaters die Gölle ihres blühenden Kaiserreiches abknappst. Ein Echo der augenblicklich herrschenden unersättlichen Stimmung gegenüber der ferneren Entwicklung

zu berathen und eine Reichsentscheidung bis nach Vorliegen der analogen Reichsentscheidungen für Preußen vorbehalten habe. — Bei den Ausgaben. Der Vollständigung der Telegraphenanlagen, weist Abg. Dammer (nat-lib) auf das bekannte Uebel der Oberlandesgerichte in Breslau hin, welches die Städte berechtige, gegen die Anlage von Telegraphenwegen auf Grund ihres Besitzrechts an den Straßen Widerspruch zu erheben. Trete das Reichsgericht dieser Entscheidung bei, so erwache der weiteren Ausdehnung des Telegraphenweges die größte Gefahr; ebenso durch die elektrischen Straßenbahnen, welche nicht Telegraphenverwaltung und elektrischer Bahnen aufeinander billige Rücksichten nähmen und besonders die letzteren genötigt würden, sich bei Anlage von starken Stromanlagen jeder Beeinträchtigung der Telegraphen- und Telefonanlagen durch entsprechende Einrichtungen zu enthalten. — Staatssekretär v. Stephan: Durch § 12 des Telegraphengesetzes sind wir in der Lage, jede neue starke Stromanlage zu solchen Einrichtungen zu zwingen, was die Entscheidung in Breslau anlangt, so stimme ich dem Vortrager in Bezug auf die Folgen, welche dieselbe für die Ausbreitung des Telegraphen- und Telefonnetzes haben würde, bei; die Sache sei aber noch strittig, sie werde voraussichtlich schon Anfang d. J. vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen. — Abg. Müller-Sagan lobt die Reichsentscheidung, daß in Göttinge Jemandem die Telefonverbindung abgebrochen sei wegen Benutzung durch Nachbarn. — Staatssekretär v. Stephan rechtfertigt das damit, daß in den Verträgen ausdrücklich die Benutzung nur für eigene Zwecke ausgemacht sei; private Fernsprecheinrichtungen dürften keinesfalls zu öffentlichen Fernsprecheinrichtungen ausgehakt werden. — Abg. Müller-Sagan erwidert, in Berlin werde doch seitens der Verwaltung nicht beanstandet, daß die Fernsprecheinrichtungen bei den Fortschritten der sämtlichen Weichen des Hauses benützt würden. — Der Titel wird genehmigt und damit der Rest des Ordinarius. Das Extraordinarium wird debattellos nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt. Die Verordnungen um Ermächtigung der Fernsprecheinrichtungen werden den verhandelnden Regierungen zur Ermächtigung überwiesen. — Bei der Einnahme beantragt Abg. Schneider (freil. Vp.) nachstehende Resolution: Der Reichstag wolle dahin wirken, daß die Vorarbeiten laut Gesetz von 1889, welche den verbleibenden Flächen und deren Bewohnern beim Wirtum verbleiben eien, auf deren Reichen beschränkt wurden. — Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Das Gesetz von 1889 habe die Bedeutung eines Vertrags, der nicht einseitig geändert werden könne, denn es sei die Voraussetzung gewesen für den Verzicht des Vorkriegs der Bundesfürsten. Ermöglichte Maßnahmen müde wie letzter auch in Zukunft bereitwillig abgehoben werden. — Abg. Vebel (So.): Wenn irgend etwas, so könne der Umfang, in welchem von diesem Privileg Gebrauch gemacht werde, als großer Umfang bezeichnet werden, zumal, wenn man daran denke, wie viel Aufhebens man wegen des etwas reichlichen Gebrauchs der Preisfahrtsberechtigung seitens einzelner Abgeordneter gemacht habe. Man habe doch auch sonst schon genug Privilegien angestiftet. Der Antrag sei nicht gründlich genug; diese Vorarbeiten sollte überhaupt beseitigt werden. — Abg. Schneider hofft, daß diese Erörterungen und ihre Verbreitung durch die Presse dazu führen werden, daß den leitenden Mächten auf diesem Gebiete abgeholfen werde. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt und dann der Rest des Vortrags unverändert genehmigt. Ohne Debatte wird dann noch der Etat der Reichsdruckerei erledigt. Mittwoch 3. Februar: Erste Sitzung der Grundbuchordnung und der Konzeptionsvorlage. Berlin. Se. Majestät der König von Sachsen wurde bei seiner Ankunft in der Gewerkschaftsanstalt von sämtlichen anwesenden Mitgliedern des Ausschusses empfangen. Die Führung übernahm der Obergeschäftsführer vom Dienst Herr v. Heintz. Se. Majestät besichtigte namentlich genau die Jagdtruppen Se. Majestät des Kaisers und der übrigen deutschen Fürsten und hielt sich auch bei den von ihm selbst erbeuteten Geweihen einige Zeit auf, indem er den ihm zurzeit anheimelnden Preis in Augenmerk nahm. Besonders Interesse erregte bei ihm die beiden Haupt- und Läufe der von der Gemahlin des Reichskanzlers Fürstin Hohenlohe erlegten Gänse. Ein nach etwa einundzwanzig Stunden der Jagd der Jagd der Jagd, über welche er sich sehr anerkennend aussprach. — Der russische Minister des Auswärtigen, Graf Kurawiew, ist heute Nachmittag 6 Uhr hier eingetroffen. Abends findet ihm zu Ehren in der russischen Botschaft ein Diner statt, zu welchem Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Staatssekretär Herr v. Marschall und andere hervorragende Persönlichkeiten geladen sind. Nach dem Diner wird in der russischen Botschaft diplomatische Empfang abgehalten. Sonntag Morgen nimmt Graf Kurawiew das Frühstück bei dem russischen Botschafter ein. Abends gibt der Reichskanzler Fürst Hohenlohe zu Ehren des Grafen Kurawiew ein großes Diner. Nach demselben reist der Graf nach Kiel ab. Montag wird Graf Kurawiew dabei vom Kaiser in Audienz empfangen. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet dem Grafen Kurawiew folgenden Begrüßungsartikel: „In Berlin befindet sich der Staatsmann, den das Vertrauen seines Herrschers in verhältnismäßig jungen Jahren auf einen so hohen Posten zu Diensten des Vaterlandes berufen hat, auf einem ihm wohlbelannten Boden, denn Graf Kurawiew hat während der diplomatischen Laufbahn, die er, dank seiner von Allen, die mit ihm verkehrten, anerkannten Beschäftigung, so reich zurücklegen konnte, längere Zeit in der deutschen Hauptstadt gemerkt und viele persönliche Beziehungen zurückgelassen. Graf Kurawiew wird aus dem Empfang des St. Majestät dem Kaiser, sowie aus dem Verkehr mit unseren leitenden Staatsmännern den Eindruck bestärkt finden, daß heute so wenig wie früher eine Interessensverschiedenheit vorhanden ist, die der Fortdauer einer für beide Staaten erzieulichen Uebereinstimmung in den Fragen der auswärtigen Politik Hindernisse im Wege ständen.“ — Fürst Bischoff hat dem Vortrager des Vereins Berliner Künstler auf eine Anfrage erwidert, daß er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand selber davon absehen müsse, die Herren persönlich in Friedrichsbad zu empfangen. Berlin. Von der Vernehmungsinstant in der Vernehmungsinstante des Reichs Bittre gegen Söder wurde heute Nachmittag das Uebel gesprochen: Dolmetscher Söder wurde auf die Privatfrage wegen einlicher (nicht wie in erster Instanz, verurtheillicher) Vernehmung des Posters Bittre zu 50) M. Geldstrafe (in erster Instanz 60) M.) verurtheilt. Die Kosten der Vernehmungsinstante wurden beiden Parteien zu gleichen Theilen auferlegt. Pastor Bittre wurde von der Widerlage freigesprochen. Hamburg. Die Central-Streitkommission trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen, die bis heute früh 3 Uhr dauerte. Schließend wurde einstimmig beschlossen, den Ausständigen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. In den heute fest-

Triumph-Seife